

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum
am 01.10.2015

Tagungsort: Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Bielefeld,
Löschabteilung Gadderbaum/Bethel, Quellenhofweg 36

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Frau Pfaff Bezirksbürgermeisterin

CDU

Herr Kögler stellv. Bezirksbürgermeister
Herr Weigert Fraktionsvorsitzender

SPD

Frau Gerdes
Herr Heimbeck Fraktionsvorsitzender
Frau Schneider

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Althoff
Herr Brunnert Fraktionsvorsitzender
Frau Herting
Frau Metten-Raterink
Frau Osei

BfB

Herr Witte

FDP

Herr Spilker

Die Linke

Frau Thiel-Youssef

Entschuldigt fehlt:

Frau Maler (CDU)

Externe Berichterstatter/von der Verwaltung:

Herr Ermshausen, v.B.S. Bethel

Herr Meiß, v.B.S. Bethel

Herr Vincke, v.B.S. Bethel

Herr Bruns, BBF GmbH

Frau Trüggelmann, Bezirksamt Brackwede
Frau Imkamp, Bezirksamt Brackwede, Schriftführerin

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Bezirksbürgermeisterin Pfaff begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur heutigen 12. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei.

Auf Vorschlag von Frau Pfaff ergeht folgender

Beschluss:

1. Die Punkte 5.1 „Erhalt der Bürgerberatungsfiliale in Gadderbaum“ (Antrag der CDU-Fraktion) und 5.2 „Erhalt der Bürgerberatungsfiliale Gadderbaum“ (Antrag der Einzelvertreterin von Die Linke) werden aufgrund ihres sachlichen Zusammenhangs gemeinsam behandelt.
2. Die Punkte 6 „Freibad Gadderbaum - Bericht zum aktuellen Sachstand“, 8 „Ersatzbau Haus Regenbogen Bethel“ und 9 „Notwendige Baumfällungen zur Erhaltung der Verkehrssicherheit in Bethel“ werden vorgezogen, sobald die Berichterstatter anwesend sind.

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum

Von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 1.1 Schließung der Bürgerberatungsfiliale Gadderbaum

Frage vom 20.08.2015:

*Soll die Gadderbaumer Bürgerberatungsfiliale geschlossen werden, wie es der Presse Anfang der Woche entnommen werden konnte?
Welche Einsparungen würden durch die Schließung der Bürgerberatung in Gadderbaum erzielt, d.h. wie hoch ist beispielsweise die eingesparte Miete einschließlich der Nebenkosten?*

Frau Trüggelmann verliest dazu die vorläufige Antwort des Bürgeramtes: Die mögliche Schließung von kleinen Filialen sei Teil der Haushaltskonsolidierungsüberlegungen im Bürgeramt. Zurzeit werde die Bürgerberatung im Rahmen eines Organisationsprojekts auf

Optimierungspotential untersucht. Die Projektarbeit befinde sich in der abschließenden Phase, habe aber noch nicht endgültig beendet werden können. Der Projektbericht sei aktuell in der Abstimmung zwischen den Projektbeteiligten.

Über die Ergebnisse werde voraussichtlich im November im Haupt- und Beteiligungsausschuss und in den Bezirksvertretungen berichtet. Im Anschluss daran werde der Oberbürgermeister im Rahmen seiner Organisationshoheit über die Schließung der Filialen entscheiden. Eine abschließende Antwort auf die Einwohneranfrage werde erst dann möglich sein.

Herr Hagemann erhält diese Antwort als Durchschrift von Frau Trüggelmann ausgehändigt.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 11. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 20.08.2015

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 11. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 20.08.2015 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei 2 Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Tischvorlagen:

1. Sitzungsplan 2016
2. UWB: Kurzanleitung Online-Kartendienst

Brunnen am Bolbrinker

Auf Nachfrage von Herrn Spilker, ob die Untere Wasserbehörde die wasserrechtliche Genehmigung für den Betrieb des Brunnen zwischenzeitlich erteilt habe, teilt Frau Trüggelmann für den UWB mit, dass es am Montag, den 28.09.2015, einen abschließenden Termin mit den beteiligten Fachämtern gegeben habe, um letzte Fragestellungen zu klären. Eine zeitnahe Genehmigung solle dann anschließend erfolgen.

Beschilderung Ochsenheide

Frau Paff teilt auf Nachfrage von Herrn Althoff für das Umweltamt mit, dass die Schilder an der Ochsenheide bereits sehr alt seien und etwaige Reste zeitnah komplett entfernt würden. Außerdem seien die Schilder

auch didaktisch nicht mehr zeitgemäß und müssten durch neue ersetzt werden. Für neue Schautafeln habe das Umweltamt Fördermittel bei der Bezirksregierung Detmold beantragt. Diese seien in diesem Jahr auch bewilligt worden.

Aus unterschiedlichsten Gründen sei festgestellt worden, dass der Bedarf für ein Gesamtkonzept im Bereich der Ochsenheide gegeben sei. In diesem Zusammenhang werde es um Besucherlenkung, Schautafeln, Parken, Wald- und Wiesenbewirtschaftung gehen. Dieses Konzept müsste zunächst politisch beraten werden.

In diesem Zusammenhang erkundigt sich Herr Brunnert nach einem möglichen Zeitplan für das angedachte Vorhaben (*Anmerkung der Schriftführerin: Das Umweltamt teilt mit, dass zunächst Verwaltungsabstimmungen durchzuführen sind und im Laufe des Jahres 2016 ein politischer Beratungsprozess beabsichtigt ist.*).

Letzte Sitzung der BV Gadderbaum am 19.11.2015

Frau Pfaff informiert die Mitglieder der Bezirksvertretung darüber, dass die letzte Sitzung am 19.11.2015 im Feuerwehrgerätehaus der Löschabteilung Gadderbaum/Bethel stattfinden werde. Das Begegnungszentrum Pellahöhe entspreche leider nicht mehr den organisatorischen Anforderungen.

Sportplatz im Sportpark Gadderbaum

Frau Pfaff teilt mit, dass mit einer Verfüllung des neuen Granulats noch im Oktober zu rechnen sei.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

--

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Kriterien für die Überdachung von Bushaltestellen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2117/2014-2020

Anfrage des Einzelvertreters der FDP

Welche Kriterien müssen für moBiel erfüllt sein, bevor eine Überdachung einer Haltestelle in Erwägung gezogen wird?

Frau Trüggemann verliest dazu die Antwort des Amtes für Verkehr: Fahrgastunterstände würden aufgrund der im Jahr 2011 in allen Bezirksvertretungen beschlossenen Prioritätenlisten aufgestellt. Die Bezirksvertretung Gadderbaum habe in ihrer Sitzung am 10.03.2011, TOP 5, Drs.-Nr. 2181 diesem Verfahren zugestimmt. An der Haltestelle Umlandstraße sei in Fahrtrichtung Innenstadt ein Fahrgastunterstand vorhanden. Die meisten Fahrgäste würden an dieser Haltestelle in Richtung Innenstadt einsteigen. Die Haltestelle in Richtung Dornberg würde fast ausschließlich als Ausstiegshaltestelle genutzt. Daher sei diese Haltestellenposition damals auch nicht in die Prioritätenlisten aufgenommen worden.

Kriterien für die Aufstellung eines Fahrgastunterstandes seien mindestens 20 einsteigende Fahrgäste pro Tag und eine möglichst einfache bauliche Umsetzbarkeit am entsprechenden Standort.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Erhalt der Bürgerberatungsfiliale in Gadderbaum

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1989/2014-2020

Anmerkung der Schriftführerin: Die Punkte 5.1 und 5.2 werden gemeinsam behandelt, siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Außenstelle der Bürgerberatung in Gadderbaum zu erhalten.

Antrag der Einzelvertreterin von Die Linke:

Die Bürgerberatung Gadderbaum soll ohne Einschränkung und unbefristet erhalten bleiben.

Frau Pfaff weist daraufhin, dass zwei Anträge zum Erhalt der Bürgerberatungsfiliale Gadderbaum vorliegen würden.

Frau Thiel-Youssef und Herr Weigert erläutern die Intention für die jeweiligen Anträge.

Herr Spilker schlägt vor, zunächst die Ergebnisse der erfolgten Organisationsuntersuchung im Bürgeramt abzuwarten, um dann eine fundierte Entscheidung treffen zu können.

In der anschließenden Diskussion an der sich die Mitte der Bezirksvertretung beteiligt, kommt man mehrheitlich zu dem Ergebnis, dass der ursprünglich gefasste Beschluss vom 19.02.2015 nochmals bekräftigt werden solle, um die Dringlichkeit und die Wichtigkeit der Angelegenheit zu verdeutlichen.

Insbesondere im Bereich der v.B.S. Bethel mit ihren Besonderheiten sei eine ortsnahe und den Anforderungen angepasste Bürgerberatungsfiliale unerlässlich.

Sodann ergeht folgender, vom ursprünglichen Antragstext abweichender,

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bekräftigt ihren ursprünglichen Beschluss vom 19.02.2015 („Die Bezirksvertretung Gadderbaum beantragt die Erhaltung der Bürgerberatungsfiliale, ggf. durch Verlagerung weiterer Aufgaben aus der zentralen Verwaltung nach Gadderbaum“) und bittet die Fachverwaltung und die zuständigen Gremien dies bei den weiteren Planungen zu berücksichtigen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5.2 Erhalt der Bürgerberatungsfiliale Gadderbaum

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2091/2014-2020

Anmerkung der Schriftführerin: Dieser Punkt wird gemeinsam mit Punkt 5.1 behandelt, Protokollierung am angegebenen Ort (Beschlussfassung siehe „vor Eintritt in die Tagesordnung“).

Zu Punkt 5.3 Technischer Fortschritt bei Pflasterung und Straßenbelag Antrag der SPD-Fraktion

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2069/2014-2020

Antrag der SPD-Fraktion:

Bei künftigen Planungen für Pflasterungen und Straßenbelag soll geprüft werden, ob durch den Einsatz der Technologie „Photoment“ o.Ä. die Reduktion gesundheitsschädlicher Stoffe des verbrennungsmotorisierten Kraftverkehrs erfolgreich sein kann.

Frau Pfaff verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion und den als Tischvorlage verteilten Artikel „Pflastersteine reinigen Stadtluft“ aus der Rubrik Aktuelles der Homepage www.bottrop.de.

Frau Schneider begründet den Antrag und erläutert kurz die Funktionsweise der Technologie „Photoment“.

Herr Brunnert weist daraufhin, dass der Stadtbezirk Gadderbaum in seinen Augen nicht genügend Fläche biete und als „Versuchsobjekt“ zu klein sein. Zudem gibt er zu bedenken, dass durch den Einsatz dieser Technik nicht unerhebliche Mehrkosten entstehen könnten. Außerdem würde es an langfristigen Erfahrungen fehlen, was die tatsächliche

Effizienz dieses Verfahrens anbelange.

Herr Spilker sieht in dem Beratungsgegenstand keine Zuständigkeit der Bezirksvertretung, vielmehr erwarte er, dass die Fachverwaltung selbstverständlich in fortschrittlicher Weise handle und den Einsatz neuer und substanzierter Verfahren per se zumindest in Betracht ziehe.

Frau Schneider erwidert, dass das Amt für Verkehr lediglich auf die neue Methode hingewiesen werden und der Antrag als Input dienen solle.

Daraufhin fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Bei künftigen Planungen für Pflasterungen und Straßenbelag soll geprüft werden, ob durch den Einsatz der Technologie „Photoment“ o.Ä. die Reduktion gesundheitsschädlicher Stoffe des verbrennungsmotorisierten Kraftverkehrs erfolgreich sein kann.

- einstimmig bei 3 Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 6

Freibad Gadderbaum - Bericht zum aktuellen Sachstand

Herr Bruns, BBF, berichtet zum aktuellen Sachstand bezüglich der Sanierung des Gadderbaumer Freibades:

Die Arbeiten befänden sich im Zeitplan, so dass man zum jetzigen Zeitpunkt mit dem Beginn des Badebetriebes im Juni 2016 rechnen könne. Er gibt einen kurzen Überblick über die bereits erfolgten Maßnahmen und weist daraufhin, dass in dem großen Nichtschwimmerbecken auch eine Rampe mit doppeläufigem Geländer installiert werde. Aufgrund der ungewöhnlichen Topografie des Geländes habe der (wasserführende) Hang abgetragen werden müssen, um dort Leitungen zu verlegen. Am morgigen Tag werde das Betriebsgebäude mitsamt dem alten Bistro teilabgerissen. Im Anschluss an seinen Vortrag beantwortet Herr Bruns Fragen der Bezirksvertretungsmitglieder und weist insbesondere daraufhin, dass es einen politischen Deckelungsbeschluss gegeben habe, dass die für die Arbeiten geplanten Kosten in Höhe von 3,4 Millionen Euro nicht überschritten werden dürften. Derzeit könne davon ausgegangen werden, dass der Kostenrahmen eingehalten werde.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-

Zu Punkt 7**Einrichtung eines Fahrgastunterstandes an der Uhlandstraße
(Fahrtrichtung stadtauswärts)**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2072/2014-2020

Frau Pfaff verweist auf die mit der Einladung versandte Bürgereingabe, die die Errichtung eines Fahrgastunterstandes an der Uhlandstraße (Fahrtrichtung stadtauswärts) thematisiert.

Frau Trüggelmann verliest dazu eine Stellungnahme des Amtes für Verkehr: Kriterien für die Aufstellung eines Fahrgastunterstandes seien mindestens 20 einsteigende Fahrgäste pro Tag und eine möglichst einfache bauliche Umsetzbarkeit am entsprechenden Standort. Die Haltestelle Uhlandstraße in Richtung Dornberg weise deutlich weniger als 20 Einsteiger pro Tag auf. Hinzu komme, dass die Realisierung aufgrund der örtlichen Lage mit einem hohen Aufwand verbunden sei und einen Eingriff in Grünflächen erfordern würde. Zudem weist sie daraufhin, dass es an der Uhlandstraße, stadteinwärts, bereits einen Fahrgastunterstand direkt gegenüber und eine Querungshilfe gebe.

Herr Spilker berichtet aus eigener Erfahrung, dass die Autofahrer vor Ort tatsächlich die Geschwindigkeit häufig überschreiten würden und dass es sich durchaus um eine subjektive Gefahrenstelle handele. Die von der Einwohnerin vorgebrachten negativen Aspekte seien nachvollziehbar, leider könne die Bezirksvertretung aufgrund der fehlenden Voraussetzungen für das Aufstellen eines Warthäuschens nicht die gewünschte Abhilfe schaffen. Dessen ungeachtet regt er zumindest an, das verwitterte Schild Einmündung Goethestr./Johannistal, das auf die anliegende Kindertagesstätte aufmerksam machen solle, auszutauschen und durch ein neues zu ersetzen, um so die Aufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmer zu erhöhen. Gegebenenfalls könnten auch Geschwindigkeitsmessungen in diesem Bereich vorgenommen werden.

Herr Brunnert begrüßt den Vorschlag, das verwitterte Schild auszutauschen. Unabhängig davon schlägt er vor, die Thematik in der nächsten projektbezogenen Sitzung „Verkehr“ der Bezirksvertretung Gadderbaum im Zusammenhang mit den sog. Prioritätenlisten aufzunehmen.

Frau Pfaff hält als Ergebnis zu diesem Tagesordnungspunkt fest, dass die Errichtung eines Fahrgastunterstandes an der Uhlandstraße aus den vom Amt für Verkehr genannten Gründen derzeit nicht möglich sei. Man werde die Situation dennoch beobachten und in einer der nächsten Projektgruppen „Verkehr“ nochmals aufgreifen. Im Übrigen wird die Verwaltung um Austausch des verwitterten Schildes gebeten.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-

Zu Punkt 8 Ersatzbau Haus Regenbogen Bethel

(Anmerkung der Schriftführerin: Dieser Punkt wurde nach TOP 1 behandelt, Beschlussfassung siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

Herr Vincke, Bethel.regional - Region junge Menschen, stellt die aktuellen Planungen des Ersatzbaues für das Haus Regenbogen an Hand einer Powerpoint Präsentation vor *(Anmerkung der Schriftführerin: Diese ist im elektronischen Informationssystem der Stadt Bielefeld hinterlegt).*

Im Anschluss geht er auf Fragen der Bezirksvertretungsmitglieder ein:

- Es werde darauf geachtet, dass die Struktur des Ersatzbaues eine spätere Umnutzung als Wohnraum für ein möglichst breites Zielgruppenspektrum zulasse, wenngleich auch keine derartigen Planungen aktuell vorlägen
- Träger des Vorhabens seien die v.B.S. Bethel, der Bau werde aus Spendengeldern in Höhe von ca. 4 Millionen Euro finanziert
- Da das Haus Regenbogen für junge Menschen mit geistiger Behinderung konzipiert sei, sei die Ausstattung mit lediglich einem separaten Pflegebad ausreichend

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 9 Notwendige Baumfällungen zur Erhaltung der Verkehrssicherheit in Bethel

(Anmerkung der Schriftführerin: Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach Punkt 8 behandelt, Beschlussfassung siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

Die Herren Ermshausen, Försterei Bethel, und Meiß, Wohnungswirtschaft Bethel, führen in die Thematik der notwendigen Baumfällungen am Remterweg zur Erhaltung der Verkehrssicherheit ein.

Herr Ermshausen erklärt, dass der dort befindliche Baumbestand zwischen 140-170 Jahre alt und dessen Wachstum dermaßen eingegrenzt sei, so dass keine ausreichende Vitalität mehr gegeben wäre. Unabhängig davon, dass diese Bäume vielleicht noch bis zu zehn Jahren dort stehen könnten, sei das von ihnen ausgehende Gefahrenrisiko in diesem Bereich zu hoch, als das man es eingehen wolle.

Auf Nachfrage von Herrn Brunnert merkt Herr Ermshausen an, dass es selbstverständlich eine Sichtkontrolle der Bäume inklusive eines Fachgutachtens gegeben habe und die Notwendigkeit einer Fällung nicht von dem reinen Lebensalter der Bäume abhängig gemacht worden sei. In diesem Zusammenhang betont Herr Meiß, dass die Bäume auf dem angrenzenden Friedhof nach einer ersten Prüfung nicht gefällt werden

müssten. Herr Ermshausen ergänzt, dass die Landschaftsgärtnerei Bethel noch zusätzliche Untersuchungen veranlassen werde.

Auf Anregung von Herrn Heimbeck führt Herr Ermshausen aus, dass bei den geplanten Neupflanzungen darauf geachtet werde, dass es sich um gering hochwachsende Sorten (Obstbäume) handele und dass genügend Abstand zwischen den einzelnen Bäumen eingehalten werde.

Herr Meiß ergänzt, dass die betroffenen Mieter am Remterweg sich selbst aus einer gewissen Auswahl für Bäume entscheiden könnten und sie folglich eine Möglichkeit der Mitbestimmung innehaben.

Frau Osei erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach dem Umfang der geplanten Neupflanzungen. Hierzu stellt Herr Meiß fest, dass diese nicht 1:1 erfolgen könnte, vielmehr seien pro Grundstück ca. zwei Bäume geplant.

Frau Pfaff bittet um Auskunft, ob am Haus Salem ebenfalls Baumfällungen geplant seien. Herr Ermshausen bestätigt, dass dort Handlungsbedarf bestehe und gibt an, dass bereits ein entsprechendes Gutachten erstellt worden sei. Es handele sich in diesem Bereich allerdings um eine private Grundstücksfläche.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10

Festlegung von Pflegeleveln und Pflegeplänen im öffentlichen G r ü n Bericht zum Projekt Pflegepläne - Vorstellung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1649/2014-2020

Frau Pfaff verweist auf die Vorlage, die in der heutigen Sitzung zum zweiten Mal beraten werde. Sie erinnert nochmals daran, dass der Johannisberg eine überbezirkliche Anlage sei und dass die Kosten für die Unterhaltung von Grünmitteln dementsprechend beim Umweltamt veranschlagt werden müssten.

Nach kurzer Diskussion ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt den Entwurf der Pflegepläne zur Kenntnis.

Die weitere Abstimmung und Überarbeitung der Pflegepläne mit der Verwaltung erfolgt über die zu bildende Projektgruppe „Pflegepläne“ der Bezirksvertretung.

Das Ergebnis der Projektgruppenarbeit wird der

Bezirksvertretung:

- für die bezirklichen Anlagen zur Beschlussfassung,
- für die überbezirklichen Anlagen zur Empfehlung an den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz (Afuk),

vorgelegt.

Nach Verabschiedung der Pflegepläne wird empfohlen die Mittelzuweisung zu den Bezirken anzupassen und als gesamtstädtische Aufgabe die Anpassung der Finanzierung.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

35. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bielefeld (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)

hier: Änderung des Straßenreinigungsverzeichnisses (Stadtbezirk Gadderbaum)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2019/2014-2020

Frau Pfaff verweist auf die Beschlussvorlage und stellt diese zur Abstimmung.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung empfiehlt dem Rat, die Änderungen des Straßenreinigungsverzeichnisses gem. Anlage zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Verwendung der Sondermittel des Stadtbezirks Gadderbaum in 2015

Frau Pfaff erklärt sich gemeinsam mit Frau Metten-Raterink und Frau Osei für befangen und übergibt den Vorsitz an Herrn stellv. Bezirksbürgermeister Kögler.

Sie nehmen weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Herr Kögler teilt mit, dass insgesamt noch 3.657 Euro zur Verfügung stünden.

Auf Vorschlag von Frau Schneider ergeht nach kurzer Diskussion folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum gewährt den Vereinen

- **SV Gadderbaum 08 440 Euro zur Anschaffung von Spielbekleidung**
- **Freibad Gadderbaum 3.217 Euro zur Anschaffung von Spielgeräten**

aus den bezirklichen Sondermitteln 2015.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Verwendung der bezirklichen Kulturmittel in 2015

*Herr Kögler hat weiterhin den Vorsitz inne.
Frau Pfaff und Frau Herting erklären sich für befangen und nehmen an
Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt
nicht teil.*

Herr Kögler erklärt, dass insgesamt noch 849 Euro zur Verfügung stünden.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

**Die Bezirksvertretung Gadderbaum gewährt der
Arbeitsgemeinschaft „Gadderbaumer Weihnachtsmarkt“ 849 Euro
aus den bezirklichen Kulturmitteln 2015.**

- einstimmig beschlossen -

Herr Kögler gibt den Vorsitz an Frau Pfaff zurück.

-.-.-

Zu Punkt 14

**Verwendung der Mittel für die Unterhaltung von Spiel- und
Bolzplätzen sowie sonstigen öffentlichen Grünanlagen in 2015**

Frau Pfaff verweist auf den mit der Einladung versandten Verwendungsvorschlag des UWBs hin.

Vorschlag 1 sehe das Aufstellen einer schwenkbaren Doppelschranke am Spielplatz Eggeweg vor, um die missbräuchliche Nutzung als PKW-Stellplatz zu verhindern, sowie als Schutz für spielende Kinder. Der UWB schlage als zweiten, alternativen Verwendungszweck die Pflanzung von Obstbäumen auf der Fläche des ehemaligen Bolzplatzes an der Hohenzollernstraße vor.

Nach kurzer Diskussion ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum spricht sich für Vorschlag 1 des Umweltbetriebes aus und gewährt dafür 1.325 Euro für die Unterhaltung von Spiel- und Bolzplätzen 2015.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 15 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 15.1 Zurverfügungstellung einer Geschwindigkeits-Anzeigetafel für den Einsatz im Stadtbezirk Gadderbaum

Beschluss vom 11.06.2015:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bestimmt folgende Einsatzstandorte für das Aufstellen einer Geschwindigkeits-Anzeigetafel

- Deckertstraße
- Dornberger Straße
- Eggeweg
- Grenzweg
- Haller Weg
- Hohenzollernstraße (bergabwärts)
- Johannistal
- Kantensiek
- Langenhagen
- Quellenhofweg

und bittet die Fachverwaltung um zeitnahe Mitteilung, wann das Display aufgestellt wird.

Frau Pfaff teilt die Antwort des Amtes für Verkehr mit:

Das Ordnungsamt habe nach entsprechender Abstimmung im Rahmen der personellen Ressourcen zwischenzeitlich wieder mit dem Einsatz der Displays begonnen. Der Einsatz erfolge in Zusammenarbeit beider Ämter auf der Grundlage einer Prioritätenliste, die durch die

Straßenverkehrsbehörde erstellt werde. Da die Displays aufgrund der bekannten Personalsituation im Ordnungsamt seit Ende 2013 nur noch sehr sporadisch haben eingesetzt werden können, gebe es noch eine umfangreiche „Wunschliste“ für den Einsatz der Geräte. Die Festlegung der Prioritäten werde deshalb ganz überwiegend die chronologische Reihenfolge der im Amt für Verkehr eingegangenen Beschlüsse, Wünsche und Anregungen berücksichtigen. Die jetzt von der BV Gadderbaum genannten Standorte würden entsprechend in die Prioritätenliste eingepflegt.

Weil die Abarbeitung der Prioritätenliste nicht nur von den Personalressourcen des Ordnungsamtes, sondern auch von äußeren Einflüssen abhängig sei (z. B. Witterungseinflüsse, Berücksichtigung von Ferienzeiten und Baustellen), lasse sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht belastbar sagen, wann der Einsatz an den durch die BV genannten Standorten tatsächlich erfolgen werde.

Das Amt für Verkehr werde die BV jedoch zeitnah informieren, sobald dort der Einsatz der Geräte möglich sei. Soweit bis dahin noch Rückfragen bestünden, wird gebeten, diese direkt an das Amt für Verkehr zu richten.

Herr Spilker äußert sein Unverständnis über das geplante chronologische Vorgehen und regt an, nach Dringlichkeit vorzugehen.

In diesem Zusammenhang bittet Herr Brunnert um Vorlage der gesamtstädtischen Prioritätenliste und erinnert daran, dass sich die Bezirksvertretung Gadderbaum bereits seit dem Frühjahr 2014 mit dem möglichen Aufstellen eines Verkehrsdisplays befasse.

Frau Pfaff erkundigt sich nach der durchschnittlichen Einsatzzeit der Anzeigetafeln an den einzelnen Standorten und bittet die Fachverwaltung, auch in Bezug auf die letztgenannten Äußerungen, um nähere Informationen.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

**Zu Punkt 15.2 Parkplatz Bewegungswelt auf dem Johannisberg:
Gewährleistung der Durchfahrbarkeit**

Anfrage des Einzelvertreters der FDP vom 30.04.2015:

Welche zusätzlichen Vorkehrungen möchte die Verwaltung treffen, damit der Parkplatz in Form eines „U“ frei überfahren werden kann?

Beschluss vom 30.04.2015:

Die Bezirksvertretung einigt sich zunächst darauf, eine Kostenschätzung des Umweltamtes abzuwarten und sich fraktionsintern mit der Problematik zu befassen, um diesen Punkt dann ggf. in einer der nächsten Sitzungen erneut zu behandeln.

Frau Trüggelmann teilt als Antwort des Umweltamtes mit, dass es im Umfahrbereich des Parkplatzes P₂ zwischen Infopunkt Johannisberg/ Bewegungswelt und Wohnmobilstellplatz möglich wäre, auf der Betonpflasterfläche eine Bodenmarkierung aufzubringen, die deutlich mache, dass das Parken an dieser Stelle verboten sei.

Hierzu lasse sich eine Spezialfolie mit dem Piktogramm „Halteverbot“ (Straßenverkehrszeichen 283; rotes Kreuz und Kreisring auf blauem Grund) aufbrennen, die erfahrungsgemäß eine hohe Haltbarkeit besitze sowie keine Folgekosten verursache.

Die voraussichtlichen Kosten belaufen sich bei einem Bedarf von 2 Folienpiktogrammen (je Fahrtrichtung ein Piktogramm) mit einem Durchmesser von 1 Meter sowie einem Arbeitsaufwand von 4 Mitarbeiterstunden durch den Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld auf ca. 500 Euro. Mit dieser Maßnahme könnten keine rechtssicheren Verwarnungen ausgesprochen werden. Das Piktogramm hätte lediglich Aufforderungscharakter und würde der Klarstellung dienen. Die Finanzierung der Maßnahme sei angesichts der Haushaltslage und der Einstufung als freiwillige Leistung nicht gesichert.

Alternative Lösungen wie Zick-Zack-Markierungen (Halteverbotsschild erforderlich) oder Sperrflächen (dürften nicht überfahren werden) würden von der Straßenverkehrsbehörde nicht angeordnet. Zudem sei hier die verkehrliche Notwendigkeit laut Verkehrsüberwachungsdienst nicht gegeben.

Herr Spilker merkt an, dass dafür aktuell keine bezirklichen Sondermittel aufgewendet werden sollten, zumal in den kommenden Wintermonaten mit einem verringerten Verkehrsaufkommen und damit verbundenen Parkdruck zu rechnen sei. Gegebenenfalls werde das Thema im Frühjahr 2016 erneut aufgegriffen.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 15.3 Förderung des Radverkehrs in Gadderbaum

Beschluss vom 11.06.2015:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung, Aufstellflächen für Fahrradfahrer an folgenden Stellen auf der Fahrbahn zu markieren:

- *Artur-Ladebeck-Straße Richtung Brackwede, Kreuzung Quellenhofweg, auf der Geradeaus- und Linksabbiegerspur Richtung Quellenhofweg*
- *Quellenhofweg, Kreuzung Artur-Ladebeck-Straße, auf der*

Geradeaus- und Linksabbiegerspur Richtung Brackwede

- *Friedrich-List-Straße, Kreuzung Artur-Ladebeck-Straße, für Geradeausfahrer Richtung Quellenhofweg und Linksabbieger Richtung Innenstadt*
- *Artur-Ladebeck-Straße Richtung Brackwede, Kreuzung Sandhagen, auf der Linksabbiegerspur Richtung Sandhagen und der Geradeausspur Richtung Brackwede*
- *Eggeweg, Kreuzung Artur-Ladebeck-Straße, für Linksabbieger Richtung Brackwede und Geradeausfahrer Richtung ThyssenKrupp Schulte GmbH*

und die Lichtsignalanlagen entsprechend anzupassen.

Frau Trüggelmann verliert die Antwort des Amtes für Verkehr:

Die Anlage von Aufstellflächen in der Friedrich-List-Straße und dem Quellenhofweg sei Bestandteil der Planungen, die der Bezirksvertretung Gadderbaum in der Sitzung am 19. März 2015 (TOP 9) und dem Stadtentwicklungsausschuss in der Sitzung am 12. Mai 2015 (TOP 4.2) zur Beschlussfassung vorgelegt wurden (Drucksache 1203/2014-2020). Die Umsetzung der Planungen sei für Herbst 2015 vorgesehen.

Derzeit werde eine Planung zur Verbesserung der Radverkehrsführung in der Artur-Ladebeck-Straße einschließlich aller an der Strecke liegenden Knotenpunkte aufgrund eines Beschlusses der Unfallkommission erarbeitet (vgl. Drucksache 1753/2014-2020, Bericht zur Unfallsituation 2014 und den Beratungen der Unfallkommissionen 2015-I und 2015-II). Im Rahmen der Planungen würden die Radverkehrsführungen in den o. g. Knotenpunkten Artur-Ladebeck-Straße / Quellenhofweg / Friedrich-List-Straße, Artur-Ladebeck-Straße / Sandhagen und Artur-Ladebeck-Straße / Eggeweg / Ein-/Ausfahrt ThyssenKrupp Schulte GmbH mitbetrachtet.

Das Amt für Verkehr schlage vor, die Ergebnisse der Planungen abzuwarten und die Anlage von Aufstellflächen in den o. g. Knotenpunktästen solange zurückzustellen. Sobald erste Ergebnisse der planerischen Überlegungen zur Verbesserung der Radverkehrsführung in der Artur-Ladebeck-Straße einschließlich aller an der Strecke liegenden Knotenpunkte vorlägen, würden diese der Bezirksvertretung und dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beratung vorgelegt.

Für ergänzende Erläuterungen stehe Ihnen der Nahmobilitätsbeauftragte Herr Oliver Spree unter Tel. 51-6879 oder E-Mail oliver.spree@bielefeld.de selbstverständlich gern zur Verfügung.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

